



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE DEUTSCH-POLNISCHE SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSZUSAMMENARBEIT

■ ANALYSE	
Die deutsch-polnische Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit: geprägt von nicht ausgeschöpftem Potential oder struktureller Fragilität?	2
Anna-Lena Kirch, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin Monika Sus, Hertie School, Berlin, und Polnische Akademie der Wissenschaften, Warschau	
■ DOKUMENTATION	
Interview von Außenminister Heiko Maas mit der Tageszeitung Rzeczpospolita	7
■ STATISTIK	
Daten zu Truppenstärke und Verteidigungsausgaben	8
■ UMFRAGE	
Umfragen zu Sicherheit und Zusammenarbeit	11
■ STATISTIK	
Covid-19 in Polen	13
■ CHRONIK	
Covid-19-Chronik, 15. September – 5. Oktober 2020	15
■ CHRONIK	
15. September – 5. Oktober 2020	17

Die deutsch-polnische Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit: geprägt von nicht ausgeschöpftem Potential oder struktureller Fragilität?

Anna-Lena Kirch, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin

Monika Sus, Hertie School, Berlin, und Polnische Akademie der Wissenschaften, Warschau

DOI: 10.31205/PA.261.01

Zusammenfassung

Diese Analyse betrachtet die bilaterale Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen in der Europäischen Union und in der Nato. Der deutsch-polnische Bilateralismus steht in verschiedener Hinsicht im Zentrum der regionalen und transatlantischen Sicherheitsdynamiken – zum Beispiel aufgrund der geographischen Nähe zu Russland oder der gemeinsamen Mitgliedschaft in Bündnissen wie der Europäischen Union, der Nato oder der OSZE. Überdies steht zu erwarten, dass Erkenntnisse über die Sicherheits- und Verteidigungskooperation auch auf die deutsch-polnischen Beziehungen in anderen Bereichen übertragbar sind. Im Folgenden wird vor allem die Phase nach dem EU-Beitritt Polens betrachtet, ohne die Zeit vor 2004, in der das Fundament für die Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit gelegt wurde, vollkommen außen vor zu lassen.

Im bestehenden Krisenmodus, der die Europäische Union seit den späten 2000er Jahren bestimmt, hat die zwischenstaatliche Dimension in der europäischen Politik wesentlich an Bedeutung gewonnen. Bilaterale Beziehungen sind dabei ein wichtiger Baustein. Eine effektive bilaterale Zusammenarbeit ist insbesondere im Sicherheits- und Verteidigungssektor von entscheidender Bedeutung, was der zwischenstaatlichen Funktionslogik in diesem strategischen Bereich geschuldet ist. Theoretisch besteht hier ein Potential für umfangreiche Kooperation.

Die Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit – ein Netz zwischenstaatlicher Praktiken

Das Fundament für die Kooperation zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen wurde im Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit aus dem Jahr 1991 gelegt. Hier geht es in den Artikeln 3, 5, 6 und 7 speziell um die Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit. Der Vertrag führt verschiedene Formen der Zusammenarbeit auf, beispielsweise regelmäßige zwischenstaatliche Konsultationen, die auch Regierungschefs und Minister einschließen. In der Tat trafen sich in den 1990er Jahren die deutschen und polnischen Verteidigungsminister regelmäßig, um Aspekte der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu diskutieren. Zusätzliche Kooperationsvereinbarungen folgten. Unter anderem war Polen das erste Land des ehemaligen Ostblocks, das eine detaillierte Vereinbarung über eine militärische Zusammenarbeit mit Deutschland unterzeichnete. Nach einem symbolischen Treffen des deutschen und

des polnischen Verteidigungsministers auf einer Pontonbrücke über die Oder im Jahr 1996 nahm die Kooperation in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung weiter an Fahrt auf. Sie umfasste den Erfahrungsaustausch zwischen den Streitkräften beider Länder, insbesondere während gemeinsamer Übungen aller Teilstreitkräfte, die gemeinsame Teilnahme an EU- und Nato-Missionen, Schulungen polnischer Militärangehöriger in Deutschland und Übergaben militärischen Geräts, das in Deutschland nicht mehr genutzt wurde, an Polen (vor allem Panzer und Kampfflugzeuge). Eines der sichtbarsten Ergebnisse dieser Kooperation war die Gründung des Multinationalen Korps Nord-Ost (*Multinational Corps Northeast – MCN*) im Jahr 1997, das die Verteidigungsminister von Polen, Deutschland und Dänemark initiiert hatten.

Der Beitritt Polens sowohl zur Nato als auch zur EU erleichterte die weitere deutsch-polnische Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit und begünstigte ihre voranschreitende Institutionalisierung. Ein besonderer Meilenstein war das umfassende Kooperationspaket aus dem Jahr 2011, das aus Anlass des zwanzigjährigen Bestehens des Vertrages von 1991 geschnürt wurde. Das neue Programm bestätigte nicht nur die bilaterale Verpflichtung zu regelmäßigen zwischenstaatlichen Konsultationen in mehreren politischen Bereichen und erweiterte den Personalaustausch beider Länder im öffentlichen Dienst, sondern kündigte auch eine engere Kooperation in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung innerhalb der bestehenden multilateralen Rahmen an. Zwei Initiativen wurden besonders hervorgehoben: Zum einen wurde beschlossen, dass Deutschland und Polen das Multinationale Korps Nord-Ost

und die Weimar Battlegroup, die 2006 im Rahmen der EU gegründet wurde, verstärken. Darüber hinaus bekundeten beide Länder ihr Interesse an der Weiterentwicklung der östlichen Dimension der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) sowie an der Kooperation zwischen Russland und der EU. Diese Politikfelder standen im Mittelpunkt gemeinsamer Initiativen, insbesondere zwischen 2007 und 2014. Ein Beispiel ist die enge Zusammenarbeit zwischen den Außenministern Deutschlands und Polens, Guido Westerwelle und Radosław Sikorski, im Bereich der Ostpolitik. So besuchten sie im Jahr 2010 gemeinsam Belarus, wo sie für faire Präsidentschaftswahlen eintraten, und verfassten im November 2011 einen gemeinsamen Brief zu den Beziehungen zwischen der EU und Russland, den sie an die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik richteten. Ein weiteres Beispiel ist das gemeinsame Engagement des deutschen und des polnischen Außenministers für eine Lösung der politischen Krise in der Ukraine ab November 2013. Sikorski und Frank-Walter Steinmeier fuhren mehrere Male zusammen nach Kiew. Gemeinsam mit Frankreich setzten sie sich für die Verhandlung des Abkommens von 2014 ein, das die politische Krise beruhigte. Allerdings verlor das Weimarer Format mit der weiteren Eskalation des Konflikts seine Bedeutung und wurde durch das Normandie Format – bestehend aus Deutschland, Frankreich, Russland und der Ukraine – ersetzt. Polen saß somit nicht länger mit am Verhandlungstisch. Diese Entscheidung warf einen Schatten auf die deutsch-polnische Zusammenarbeit, da Warschau den Ausschluss von den Verhandlungen als Affront auffasste. Andere Instrumente der bilateralen Kooperation, die im Jahr 2011 vereinbart wurden, wurden weiterhin genutzt. So erklärten beide Länder ihre verstärkte bilaterale Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen der Streitkräfte (Landstreitkräfte, Marine, Luftwaffe) in Form detaillierter Vereinbarungen in den Jahren 2013 bis 2015. Eine wichtige Demonstration der bilateralen Kooperation war die Entscheidung, bei Militärübungen ein polnisches Bataillon einer deutschen Brigade unterzuordnen und umgekehrt.

Nachdem die Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość* – PiS) die Mehrheit der Stimmen bei den Parlamentswahlen in Polen im Oktober 2015 gewonnen hatte, wurde die Durchführung des Kooperationsprogramms aus dem Jahr 2011 deutlich eingeschränkt. Ungeachtet des Booms in den wirtschaftlichen Beziehungen verschlechterte sich die politische Kooperation zwischen Polen und Deutschland. Die bilateralen zwischenstaatlichen Konsultationen fanden weniger häufig statt als in den Jahren 2008 bis 2015. Auch die militärische Kooperation zwischen Polen und Deutschland wurde vor allem auf der technischen und operativen Ebene fortgesetzt (zum Beispiel im Rahmen von

Nato-Manövern). Es fehlt jedoch die langfristige strategische Perspektive, die im Programm von 2011 entworfen wurde. Einer der Gründe für die beschränkte Zusammenarbeit waren die Versuche, die deutsch-polnische Geschichte zu instrumentalisieren und im Kontext der aktuellen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine konfrontative Rhetorik einzusetzen. Insbesondere der rechte Flügel der polnischen politischen Eliten setzte fortwährend eine Deutschland feindliche Rhetorik ein. Beispielsweise sagte Jarosław Kaczyński, der Parteivorsitzende der PiS, mit Blick auf Versuche der polnischen Regierung, die Präsenz der Nato in Polen zu stärken, dass deutsche Truppen »für mindestens sieben Generationen« nicht auf polnischem Boden zugelassen werden sollten. Ein weiteres Streitthema, das die PiS-Führung regelmäßig aufgriff, ist die Frage der Kriegsreparationen für die Zerstörung Polens während des Zweiten Weltkriegs, ungeachtet der unter polnischen Historikern vorherrschenden Meinung, dass die Frage geklärt sei. Da Deutschland darauf besteht, dass die Angelegenheit abgeschlossen sei und keine Reparationen gezahlt werden, bleibt der Streitpunkt insbesondere für den rechten Flügel der polnischen Politik bestehen.

Insgesamt bewerten Polen und Deutschland das zukünftige Potential für gemeinsame Initiativen und Kooperationsmöglichkeiten im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf grundverschiedene Art und Weise – trotz der starken Dynamiken, die seit 2016 innerhalb des EU-Politikfeldes bestehen. Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (*Permanent Structured Cooperation* – PESCO) bietet hier ein gutes Beispiel. Sie wurde im Rahmen einer deutsch-französischen Initiative ins Leben gerufen, die zeitnah von Spanien und Italien sowie von Belgien, den Niederlanden, der Tschechischen Republik und Finnland unterstützt wurde. Polen beteiligte sich nicht nur nicht an den Vorbereitungen dieses neuen Instruments, sondern das Land beschloss auch erst im letzten Moment, sich der Kooperation anzuschließen.

Zwei Gründe für die begrenzte Zusammenarbeit: das historische Erbe und Asymmetrien

Die Fragilität der deutsch-polnischen Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung lässt sich anhand von zwei Einflussfaktoren erklären: dem historischen Erbe und verschiedener Asymmetrien.

Das historische Erbe

Das historische Erbe der deutsch-polnischen Beziehungen äußert sich in hohem Maße in Form immaterieller Aspekte: beispielsweise historischer Erfahrungen und Erinnerungen sowie der daraus resultierenden Vorstellungen und Erwartungen bezüglich des Ausmaßes und

der Finalität europäischer Integration. Eine besondere Rolle spielen dabei Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg und die daraus resultierende historische Bürde für das deutsch-polnische Verhältnis, die sich unmittelbar auch auf den Bereich Sicherheit und Verteidigung ausdehnen.

Im polnischen Narrativ sind die negativen Erfahrungen mit Deutschland und das Misstrauen gegenüber seiner Solidarität und Loyalität ein wesentlicher Faktor, der insbesondere unter der *PiS*-Regierung ab 2015 wieder zum Tragen kam. Deutschlands Unterstützung des Gaspipeline-Projektes Nord Stream 2 oder der Ausschluss Polens aus dem Normandie-Format wurden häufig als weitere Beispiele für die mangelnde Vertrauenswürdigkeit und Solidarität des westlichen Nachbarn interpretiert.

Auf deutscher Seite führten die Lehren aus der Geschichte bei vielen deutschen Entscheidungsträgern zu einer deutlich zögerlichen Haltung sowie dazu, dass die deutsche Öffentlichkeit ein starker Akteur in Sachen Sicherheit und Verteidigung wurde. Obwohl die Zurückhaltung der deutschen Gesellschaft gegenüber einer aktiveren, auch militärischen Beteiligung Deutschlands im internationalen Krisenmanagement allmählich abnimmt, führten politische Akteure eine negative öffentliche Meinung häufig als Argument gegen ein erhöhtes Engagement in militärischen Auslandseinsätzen oder solchen Verteidigungskooperationen an, die zu einer automatischen Beteiligung der Bundeswehr in der einen oder anderen Form führen würde. Dieser Kontext erschwert die Bildung gegenseitiger institutioneller Abhängigkeiten erheblich, zum Beispiel das »Pooling and Sharing« von Ressourcen und Fähigkeiten im Rahmen von Verteidigungskooperationen, die über gemeinsame Übungen oder Konsultationsformate hinausgehen.

Der zweite immaterielle Aspekt des historischen Erbes betrifft die polnischen und deutschen Vorstellungen von der Zukunft der europäischen Integration. Die beiden Länder weisen in dieser Frage deutliche historisch bedingte Unterschiede auf. Deutschland hat sich zur Verfolgung nationaler Interessen auf die Einbindung in multilaterale Institutionen festgelegt, womit eine direkte Verknüpfung deutscher und europäischer Außenpolitik einhergeht. Dies soll die Garantie dafür sein, dass sich eine Situation vergleichbar mit dem Zweiten Weltkrieg nicht wiederholt. Polen dagegen stellt die nationalen Interessen ins Zentrum seiner politischen Überlegungen, ohne automatische Kopplung an supranationale Strukturen. Im Ergebnis sind die polnischen politischen Kräfte tendenziell weniger europäisch und stärker national orientiert als deutsche Entscheidungsträger. Folglich ist Polen zögerlicher bei der Unterstützung einer engen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene, insbesondere

in solchen strategisch elementaren Politikbereichen, die die nationale Souveränität direkt betreffen.

Darüber hinaus wirken sich die unterschiedlichen Ansichten der beiden Länder bezüglich der Zukunft der Europäischen Union auf ihre jeweiligen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten im Bereich Sicherheit und Verteidigung aus. Polen hat eine explizit transatlantisch ausgerichtete Haltung in Fragen der Sicherheitspolitik: starke bilaterale Beziehungen zu den USA sind das Rückgrat der polnischen Sicherheit. Deutschland dagegen betrachtet die Nato und die EU als gleichermaßen wichtige Referenzrahmen im Bereich Sicherheit. Die bilaterale Kooperation mit Washington nimmt folglich einen relativ gesehen weniger prominenten Platz ein als im Falle Polens. Die »America first«-Politik in Polen ist besonders charakteristisch für die Parteien des rechten politischen Spektrums und gewann somit nach den Sejmwahlen 2015 noch stärker an Bedeutung. Ein prominentes Beispiel ist die Idee des »Fort Trump«, einer permanenten Präsenz der US-amerikanischen Soldaten in Polen, die von beiden Präsidenten, Andrzej Duda und Donald Trump, bereits 2018 diskutiert worden ist. Aber auch die liberaleren Parteien, die der Kooperation mit der EU große Wichtigkeit beimessen, bewerten die Zusammenarbeit mit Washington ebenfalls als sehr bedeutsam. Die pro-europäischen Regierungen zwischen 2008 und 2015 in Polen unternahmen ebenfalls große Anstrengungen, die USA davon zu überzeugen, ihre militärische Präsenz in Polen auszubauen.

Als Folge der unterschiedlich starken Wahrnehmung der USA als Sicherheitsgarant schreiben Polen und Deutschland der EU als Akteur in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung unterschiedliche Bedeutung zu. Warschau betrachtet die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik lediglich als einen zusätzlichen Sicherheitsmechanismus, der die nationalen Verteidigungskapazitäten, die polnische Nato-Mitgliedschaft und die bilaterale Partnerschaft mit den USA ergänzt. Für Deutschland hingegen ist die EU politikfeldübergreifend der wichtigste Referenzrahmen. Berlin engagierte sich daher stärker für eine Vertiefung und Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Während Berlin sich also dafür einsetzte, die europäische Integration im Bereich Sicherheit und Verteidigung weiterzuentwickeln, behandelte Polen die Kooperation mit den USA – bilateral und innerhalb der Nato – prioritär.

Ein weiterer Aspekt des historischen Erbes ist die materielle Pfadabhängigkeit, beispielsweise die Auswirkungen der historischen Infrastruktur und der bestehenden militärischen Ausrüstung auf das Kooperationspotential zwischen den Staaten. Die deutschen und polnischen Verteidigungsstrukturen und -industrien sind aufgrund ihrer unterschiedlichen Traditionen und

historischen Entwicklungen in den beiden Ländern nach 1945 nicht problemlos miteinander kompatibel. Davon sind etwa multilaterale und bilaterale Beschaffungsvorhaben negativ beeinflusst. Das Ergebnis ist eine beschränkte militärische Interoperabilität.

Asymmetrien

Ein weiterer behindernder Faktor ist die Asymmetrie zwischen den beiden Ländern, die politisch, wirtschaftlich, militärisch und räumlich zum Ausdruck kommt. Im Falle der deutsch-polnischen Beziehungen äußert sich die Asymmetrie zwischen den beiden Ländern etwa wesentlich in ihrem divergierenden Potential, innerhalb der EU Themen auf die europäische Agenda zu setzen und Koalitionen zu schmieden. Deutschland ist als voll integriertes EU-Gründungsmitglied aktiver in EU-Entscheidungsprozesse eingebunden und hat ein größeres Potential, Themen zu positionieren und Initiativen zu starten als Polen, das aufgrund der fehlenden Mitgliedschaft in der Eurozone in Teilbereichen der EU den Status eines Außenseiters hat. Während Deutschland also Teil des Kerns der EU ist, hat Polen eine eher periphere Position inne und ist – anders als Deutschland – nicht in alle relevanten Formate eingebunden, in denen Entscheidungen getroffen werden und auf Krisen reagiert wird.

Die wirtschaftliche Asymmetrie als ein weiterer Bereich besteht zwischen Deutschland und Polen sowohl hinsichtlich unterschiedlicher makroökonomischer Indikatoren wie Bruttoinlandsprodukt (BIP), Beschäftigungsrate oder Wettbewerbsfähigkeit als auch speziell in den Wirtschafts- und Industriestrukturen im Verteidigungssektor. Sichtbar ist die Asymmetrie beispielsweise in der Struktur der Wertschöpfungskette. Polnische Unternehmen haben tendenziell einen niedrigeren Status in der Wertschöpfungskette als deutsche, da sie primär Zulieferer für deutsche Unternehmen sind. Sie sind daher leichter zu ersetzen als umgekehrt, was sie verletzbarer macht als ihre deutschen Wettbewerber. Darüber hinaus ist die deutsche Rüstungsindustrie deutlich stärker als die polnische, was die Anzahl der aktiven Unternehmen und Waffenexporte betrifft. Folglich hat sie eine stärkere Verhandlungsposition inne. Im Ergebnis bleibt die polnische Rüstungsindustrie daher ein eher unattraktiver Partner für deutsche Unternehmen, insbesondere im Vergleich zur französischen und britischen Industrie.

Eng mit der wirtschaftlichen Dimension verbunden ist die militärische Asymmetrie, die beide Länder aufweisen. Sichtbar wird sie in den militärischen Ausgaben, der Anzahl der Streitkräfte und im militärischen Potential. In absoluten Zahlen ist Deutschland militärisch stärker als Polen. Nach Angaben der Europäischen Verteidigungsagentur belief sich das militärische Personal im Jahr 2016 in Deutschland insgesamt auf 177.608

Personen im Vergleich zu 98.586 Personen in Polen. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Verteidigungsausgaben. In Deutschland betragen sie 457 Euro pro Kopf, in Polen 221 Euro. Relativ entsprach dies jedoch 2 Prozent des BIP im Falle Polens und nur 1,2 Prozent im Falle Deutschlands, das somit hinter den Nato-Vereinbarungen zurückblieb. Aus polnischer Perspektive ist außerdem der mangelhafte Zustand der deutschen Streitkräfte, sowohl der Ausstattung als auch der Beschaffungsprozesse, ein Indikator für Schwäche, so dass Deutschland nicht als verlässlicher und attraktiver Partner betrachtet wurde, weder auf der bilateralen noch auf EU-Ebene.

Des Weiteren ist eine räumliche Asymmetrie gegeben, da Polen an Belarus und die Ukraine angrenzt – und damit anders als Deutschland an die Außengrenzen der EU. Die unterschiedliche physische Distanz der beiden Länder zu potentiellen Bedrohungen hat unterschiedliche Bedrohungswahrnehmungen und strategische Präferenzen zur Folge. Die prägende Trennlinie ergibt sich aus dem Blick der beiden Länder auf Russland. Polen betrachtet Russland als Hauptbedrohung für die nationale und europäische Sicherheit, während Deutschland eine differenziertere sowie insgesamt weniger klare Haltung einnimmt. Einerseits unterstützte Deutschland entschieden die Sanktionen gegenüber Russland infolge der Annexion der Krim und trug zur Verstärkung der Nato-Präsenz an der Ostflanke bei. Andererseits hielt die deutsche Regierung jedoch am Projekt der Gaspipeline Nord Stream 2 fest. Dies wurde von der polnischen Regierung kritisiert. Darüber hinaus unterscheiden sich die beiden Regierungen in ihrer Position zur Nato-Russland-Grundakte. Während Polen sie aufgrund der Verstöße vonseiten Russlands als nichtig betrachtet, hält Deutschland an ihr fest. Die differierenden Einschätzungen der Rolle Russlands haben Folgen für verschiedene Bereiche der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Beispielsweise nehmen Deutschland und Polen unterschiedliche Positionen in Fragen der Energiesicherheit und Abschreckung sowie der weiter gefassten Beziehungen zwischen der Nato und der EU ein.

Eng verbunden mit den bereits genannten Faktoren, sind die deutsch-polnischen Beziehungen außerdem von einem asymmetrischen Machtpotential geprägt. Die Diskussion über verschiedene Aspekte des deutschen Potentials, in Europa Macht auszuüben, und über den historisch begründeten »Reflex, eine Führungsrolle zu vermeiden«, dauert an. In den letzten Jahren wurde Deutschland mit zahlreichen Charakterisierungen versehen: beispielsweise des »kooperativen Hegemons«, der gemeinsam mit Frankreich Macht ausübt, der »zivilen Macht«, die nicht gewillt ist, militärische Streitkräfte einzusetzen, und des »widerwilligen Hegemons«, dessen Führungsrolle erkannt, aber von der heimischen Politik in Frage gestellt und eingeschränkt wird. Die

Konzepte unterscheiden sich hinsichtlich der Einschätzung der deutschen Neigung und Fähigkeit, das eigene politische, wirtschaftliche und diplomatische Potential auszuschöpfen. Sie teilen aber alle eine Überzeugung: Deutschland ist *die* wesentliche Gestaltungsmacht in der EU geworden und genießt daher eine »Hegemon ähnliche Position«.

Im Bereich Sicherheit und Verteidigung wurde die deutsche Führungsrolle insbesondere während der Ukraine-Krise 2013/14 sichtbar, als Deutschland als zentraler Akteur im Rahmen der Verhandlungen zwischen der EU und Russland fungierte. Polen, auf der anderen Seite, ist aufgrund der dargestellten politisch-wirtschaftlichen Asymmetrien nicht in der Lage, eine ähnlich zentrale Gestaltungsrolle auszuüben und die Position der EU in ähnlichem Maße wie Deutschland zu beeinflussen. Aufgrund des stark divergierenden Macht- und Koalitionspotentials der beiden Länder bleibt für Polen bis auf weiteres nur die Rolle als Juniorpartner Deutschlands. Eine Kooperation auf Augenhöhe, wie sie von polnischer Seite gewünscht wird, ist aus dieser Position heraus nicht zu gewährleisten. Dieses strukturelle Ungleichgewicht impliziert, dass Warschau seine

Ziele im Rahmen einer Kooperation mit Deutschland nur dann erreichen kann, wenn sie mit den Interessen und Zielen Berlins übereinstimmen, das heißt, wenn Warschau die deutsche Führungsposition nicht in Frage stellt. Das macht die bilaterale Kooperation in Sicherheits- und Verteidigungsfragen schwierig, zumal sich, wie gezeigt wurde, beide Länder in ihrer Prioritätensetzung unterscheiden. Aus deutscher Perspektive ist die bilaterale Kooperation mit Polen häufig nicht attraktiv genug, da Polens Unterstützung die deutsche Position nur bis zu einem bestimmten Grad verstärken kann. Im Vergleich zu Frankreich hat Polen zu wenig anzubieten – seine Streitkräfte bedürfen der Modernisierung, seine Rüstungsindustrie ist schwächer als die deutsche und seine sicherheitspolitische Expertise übertrifft die deutsche nicht. So lange die beschriebenen Asymmetrien zwischen den beiden Ländern daher fortbestehen, ist eine enge Kooperation zwischen Deutschland und Polen in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung auch zukünftig nicht zu erwarten.

Übersetzung aus dem Englischen: Silke Plate

Diese Analyse ist die Kurzfassung eines Kapitels aus dem Buch »Poland and Germany in the European Union. The multi-dimensional dynamics of bilateral relations«, hrsg. von Elżbieta Opilowska und Monika Sus, das demnächst bei Routledge Advances In European Politics erscheinen wird.

Über die Autorinnen

Anna-Lena Kirch ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Sie forscht unter anderem zu innereuropäischer Koalitionsbildung und Bedingungen europäischer Handlungsfähigkeit. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf den Staaten Mittel- und Osteuropas. Sie promoviert an der Justus-Liebig-Universität Gießen zu sub-regionalen Kooperationsformaten innerhalb der EU wie der Visegrád-Gruppe.

Dr. Monika Sus ist Assistant Professor an der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau und Fellow an der Hertie School in Berlin. Sie war Gastwissenschaftlerin an der Universität Pittsburgh in den USA, an der Universität Montreal in Kanada und am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. Sie forscht zur der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Ihre Artikel sind u. a. in *Journal of Common Market Studies*, *Geopolitics*, *Global Policy*, *International Politics*, *The British Journal of Politics and International Relations* sowie in *Futures* erschienen.

Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland

Interview von Außenminister Maas mit der Tageszeitung Rzeczpospolita

20.11.2019

Zum heutigen Treffen der NATO-Außenminister in Brüssel sprach Außenminister Heiko Maas mit der polnischen Tageszeitung Rzeczpospolita.

In einem kürzlich erschienenen Interview mit dem »Economist« bezeichnete Präsident Macron die NATO als »hirntot«; er sei nicht sicher, ob ein Angriff auf einen Mitgliedstaat als Angriff auf alle verstanden würde. Diese Aussage stammt vom Präsidenten der größten Militärmacht Westeuropas neben Großbritannien. Inwieweit wird dadurch die aktuelle Sicherheitsarchitektur in Europa infrage gestellt? Kann sich Polen im Fall eines Angriffs aus Russland auf die Hilfe Deutschlands verlassen?

Unsere Nachbarn in Polen können sich darauf verlassen, dass wir ihre Sicherheitsbedürfnisse so ernst nehmen wie unsere eigenen. Die NATO hat in den letzten Jahren ihre Präsenz im Osten stark ausgebaut. Deutschland leistet dazu einen wichtigen Beitrag. Und allen Verbündeten ist klar: Die Stärke der NATO liegt in ihrem Zusammenhalt. Dieser Zusammenhalt garantiert seit 70 Jahren die Sicherheit Europas und er wird auch in Zukunft für unsere Sicherheit essentiell sein. Wir müssen alle gemeinsam daran arbeiten, die NATO strategisch weiter zu entwickeln und auf aktuelle Herausforderungen der Sicherheitspolitik einzustellen.

Die USA haben dieses Jahr beschlossen, ihre militärische Präsenz in Polen zu verstärken. Wird durch dieses sogenannte Fort Trump auch Deutschland sicherer? Kann Europa den Vereinigten Staaten vertrauen, wenn es um seine Sicherheit geht? Oder sollte sich vielmehr Polen in der militärischen Zusammenarbeit mit EU-Partnern stärker für die eigene Sicherheit engagieren?

Polen ist für uns ein enger Freund und ein wichtiger Partner in der NATO und in der Europäischen Union. Wir brauchen die aktive Mitwirkung Polens, um ein starkes und souveränes Europa zu gewährleisten. Das ist auch in Warschau Interesse. Die EU muss in der Sicherheitspolitik viel enger kooperieren. Nicht um die NATO zu ersetzen, sondern um den europäischen Pfeiler der NATO zu stärken und damit die NATO insgesamt. Letztendlich ist das auch die beste Garantie dafür, dass die USA weiterhin in der NATO engagiert bleiben und wie zuletzt dafür ihre Präsenz in Europa verstärkt haben.

Nach Emmanuel Macrons Überzeugung »hat Amerika derzeit erstmals einen Präsidenten, der unsere Idee des europäischen Projekts nicht teilt«. Er warnt: »Wenn wir nicht aufwachen, besteht durchaus das Risiko, dass wir langfristig geopolitisch verschwinden oder zumindest nicht mehr selbst über unser Schicksal entscheiden können«. Besteht wirklich die Gefahr, dass die EU sich auflösen könnte? Und ist Deutschland bereit, sich zur Vermeidung eines solchen Szenarios am Aufbau eines europäischen Bundesstaats mit einer einheitlichen Außenpolitik zu beteiligen, der sich auch ohne die USA selbst verteidigen kann? Wie Außenminister Maas im Museum des Warschauer Aufstandes am 1. August bekundete, haben Polen und Deutschland in Teilen unterschiedliche Auffassungen zu Fragen der Souveränität. Wenn dies der Fall ist, wie kann Warschau Teil der von Präsident Macron vorgeschlagenen Vision sein? Und ist Deutschland bereit, seine Verteidigungsausgaben fast zu verdoppeln, um die Bundeswehr bereit für eine Welt ohne US-amerikanische Sicherheitsgarantien zu machen?

Wir Europäer werden in Zukunft mehr Verantwortung für unsere Sicherheit übernehmen müssen. Deswegen haben wir die »Ständige Strukturierte Zusammenarbeit« der Europäischen Union im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik gegründet, deswegen wollen wir eine engere Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Fähigkeiten, eine Interventionsinitiative und die Stärkung des zivilen Krisenmanagements. Wir wissen, dass wir Europäer in unsere Sicherheit investieren müssen. Deutschland leistet seinen Beitrag. Seit 2014 haben wir unsere Verteidigungsausgaben nach NATO-Kriterien um 45 Prozent erhöht. Aber klar ist auch: Amerika bleibt Europas wichtigster Verbündeter. Um die europäische Sicherheit zu gewährleisten brauchen wir die Mitwirkung der USA jetzt und auch in Zukunft.

Der französische Präsident ist überzeugt, dass Europa ohne eine Annäherung an Russland und eine neue Partnerschaft mit Moskau niemals sicher sein wird. Inwieweit teilt Deutschland diese Auffassung und würde sich an einem Neustart der Beziehungen zu Russland beteiligen? Wäre der Rückzug Russlands von der Krim Voraussetzung für eine solche Partnerschaft?

Am 9. Dezember werden die Staats- und Regierungschefs Frankreichs, Deutschlands, Russlands und der Ukraine in Paris zusammenkommen. Für Präsident Putin scheint ein Sonderstatus für die Donbass-Region Voraussetzung für Frieden in der Ukraine zu sein. Inwiefern könnte dies den ukrainischen Ambitionen für einen NATO- und EU-Beitritt im Wege stehen?

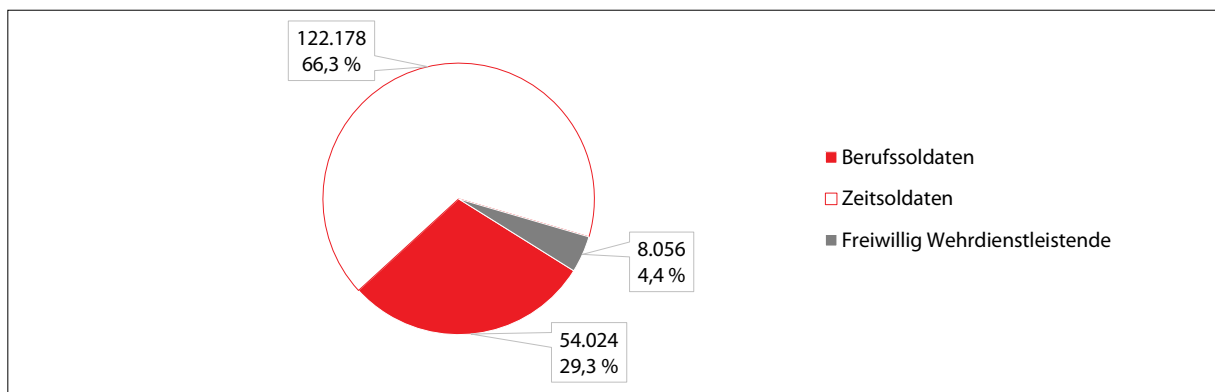
Wir haben unsere kritische Haltung gegenüber vielen Bereichen der russischen Politik immer wieder deutlich gemacht. Auf die Annexion der Krim zum Beispiel hat die Europäische Union geschlossen reagiert und hält bis heute die Sanktionen gegen Russland einstimmig aufrecht. Daran halten wir fest, denn wir werden die völkerrechtswidrige Annexion nicht akzeptieren. Klar ist aber auch, dass wir das Fenster zum Dialog mit Moskau weiter offen halten. Das ist die gemeinsame Position der EU und das ist die Position der NATO.

Quelle: Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-rzeczpospolita/2279408> (abgerufen am 30.09.2020).

STATISTIK

Daten zu Truppenstärke und Verteidigungsausgaben

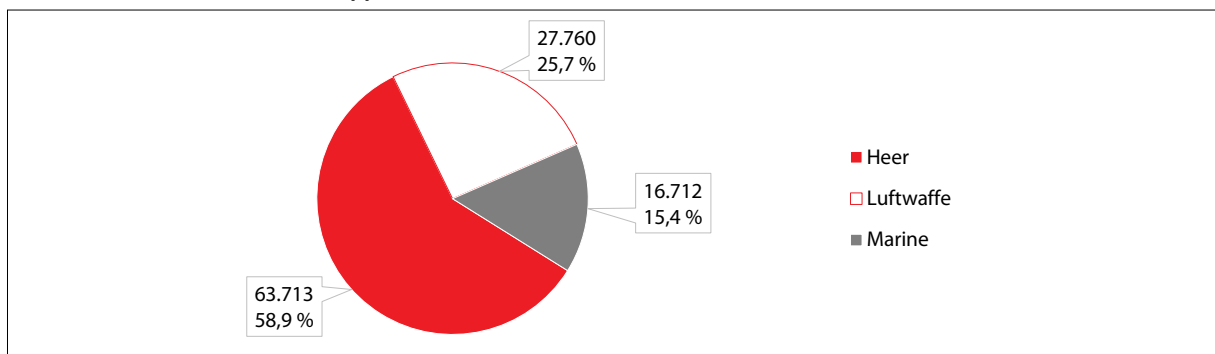
Grafik 1: Bundeswehr: Anzahl der Soldatinnen und Soldaten, 2020



Insgesamt: 184.258 Soldatinnen und Soldaten; Stand: August 2020.

Quelle: Bundeswehr. <https://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/zahlen-daten-fakten/personalzahlen-bundeswehr> (abgerufen am 30.09.2020).

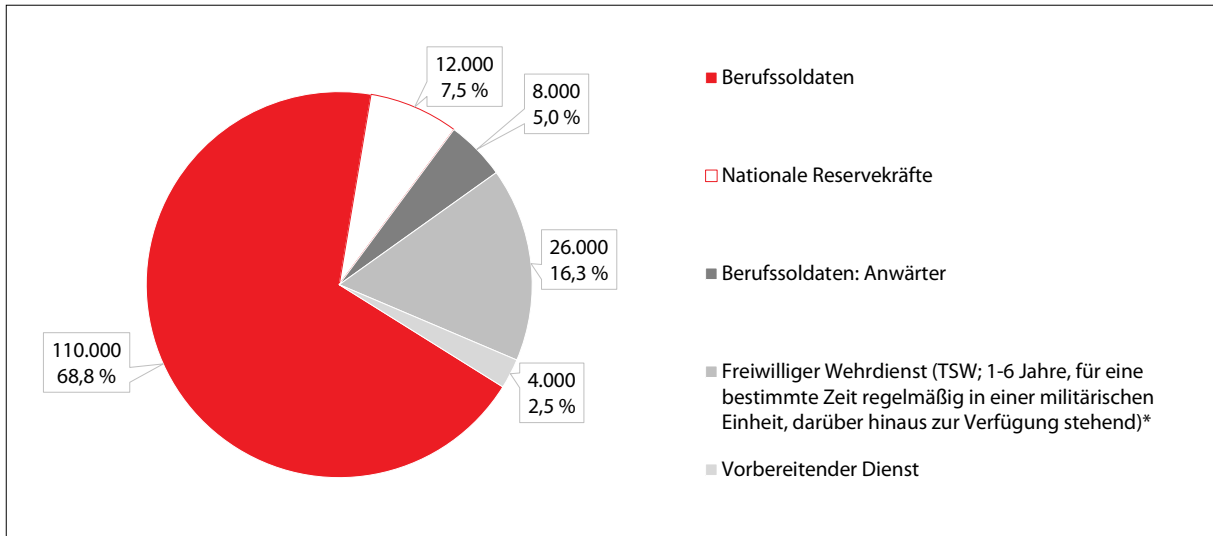
Grafik 2: Bundeswehr: Die Truppenstärke der Teilstreitkräfte



Stand: August 2020.

Quelle: Bundeswehr. <https://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/zahlen-daten-fakten/personalzahlen-bundeswehr> (abgerufen am 30.09.2020).

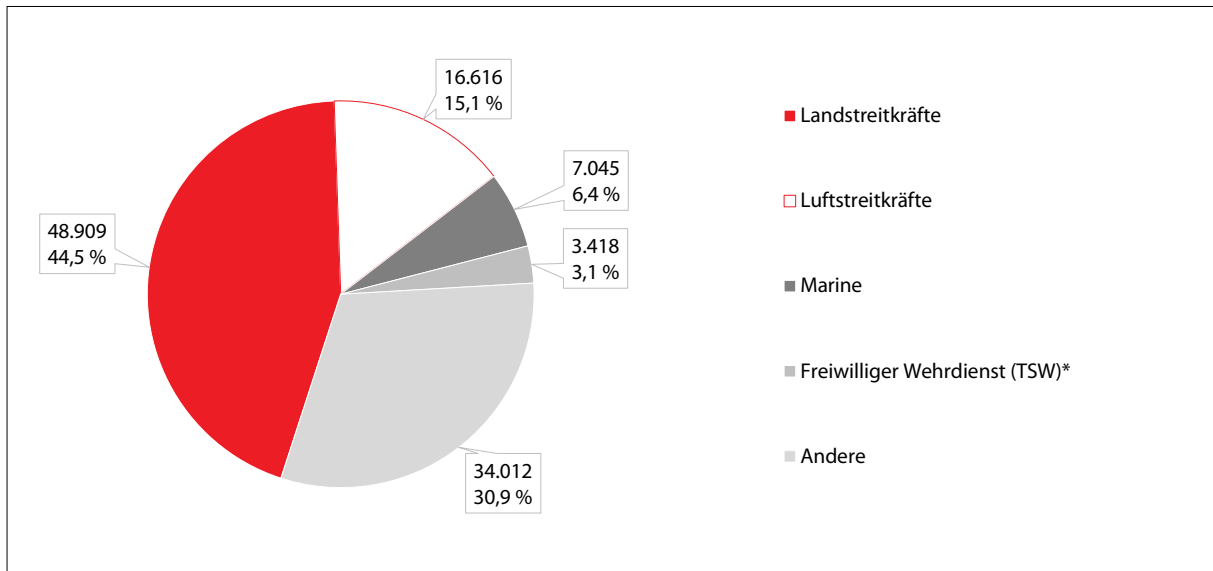
Grafik 3: Polnische Streitkräfte: Anzahl der Soldaten, 2019



Insgesamt: 160.000 Soldaten; * Terytorialna Służba Wojskowa.

Quelle: Ministerstwo Obrony Narodowej [Verteidigungsministerium]: Podstawowe informacje o budżecie resortu obrony narodowej na 2019r. [Grundlegende Informationen über den Haushalt des Verteidigungsressorts 2019]. Warszawa 02/2019. <https://www.gov.pl/web/obrona-narodowa/postawowe-informacje-o-budziecie> (abgerufen am 30.09.2020).

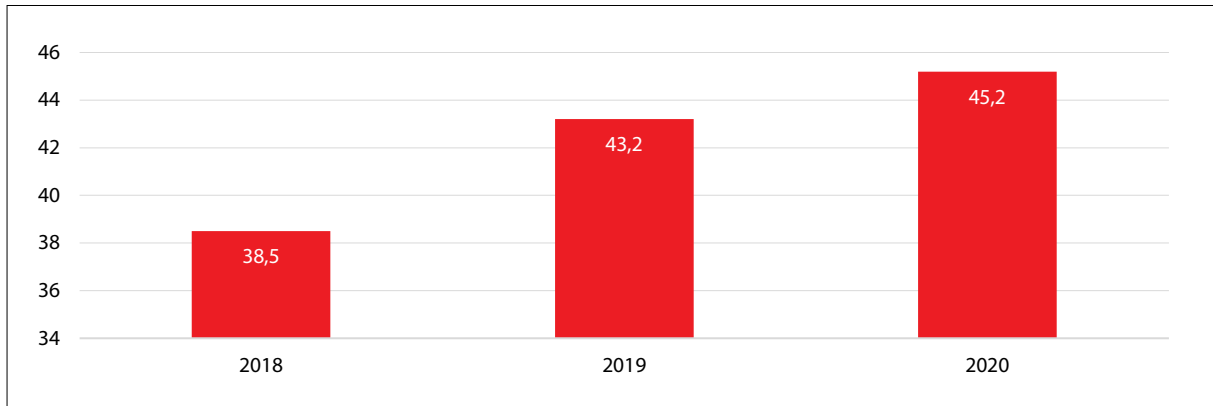
Grafik 4: Berufssoldaten in den Polnischen Teilstreitkräften, 2019



Insgesamt: 110.000 Soldaten; * Terytorialna Służba Wojskowa.

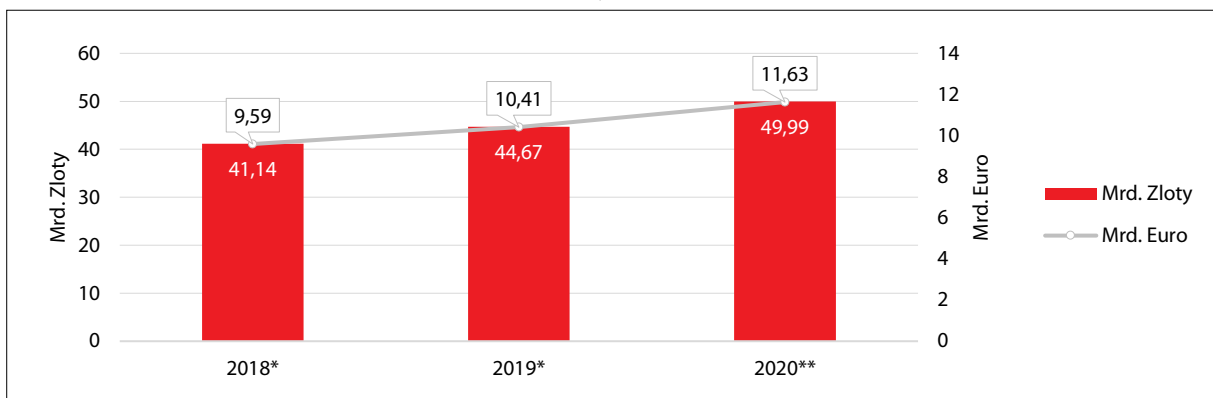
Quelle: Ministerstwo Obrony Narodowej [Verteidigungsministerium]: Podstawowe informacje o budżecie resortu obrony narodowej na 2019r. [Grundlegende Informationen über den Haushalt des Verteidigungsressorts 2019]. Warszawa 02/2019. <https://www.gov.pl/web/obrona-narodowa/postawowe-informacje-o-budziecie> (abgerufen am 30.09.2020).

Grifik 5: Deutschland: Verteidigungshaushalt (Mrd. Euro)



Quelle: Bundesministerium der Verteidigung, <https://www.bmvg.de/de/themen/verteidigungshaushalt/entwicklung-und-struktur-des-verteidigungshaushalts> und <https://www.bmvg.de/de/themen/verteidigungshaushalt/verteidigungshaushalt-2020> (abgerufen am 30.09.2020).

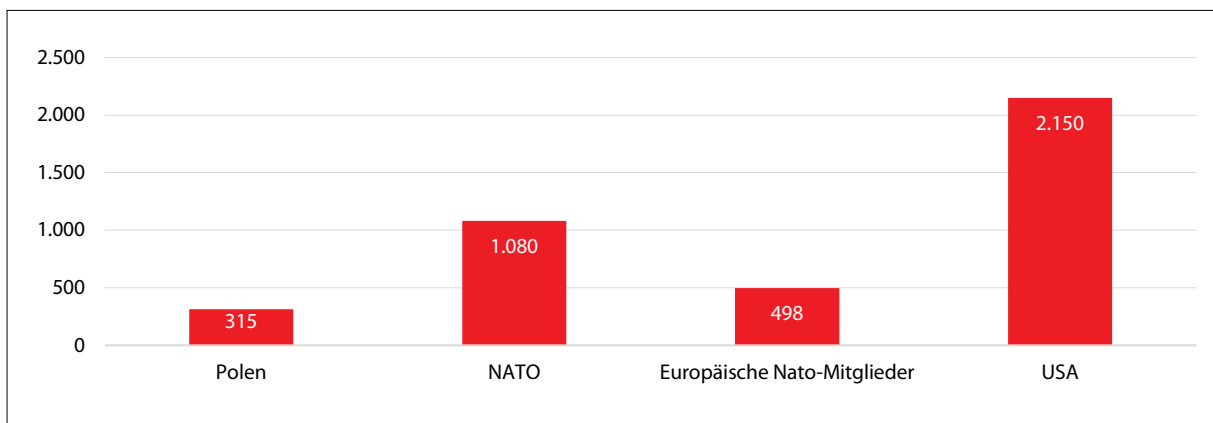
Grifik 6: Polen: Ausgaben für Verteidigung (Mrd. Zloty/Mrd. Euro)



Währungskurs: PLN/Euro – *4,29 Zloty; **4,30 Zloty.

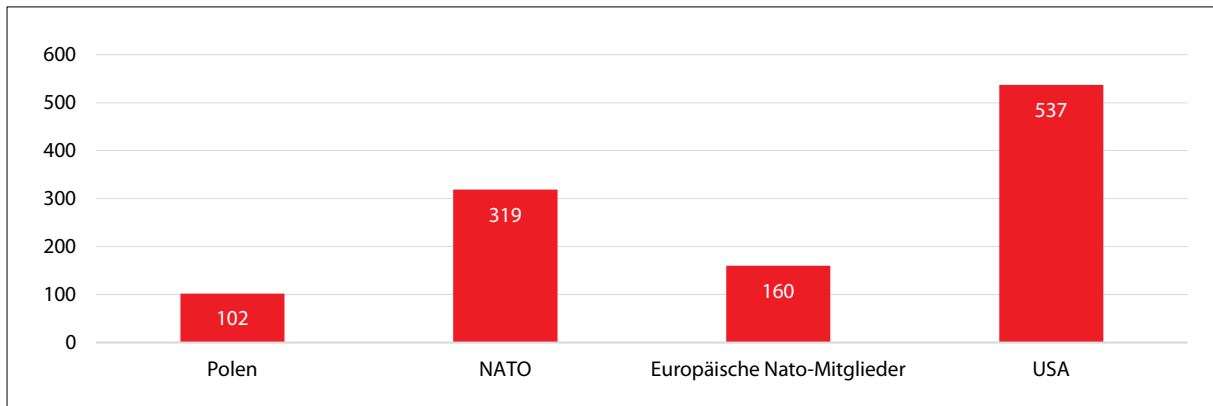
Quelle: Ministerstwo Obrony Narodowej [Verteidigungsministerium]: Podstawowe informacje o budżecie resortu obrony narodowej na 2019r. [Grundlegende Informationen über den Haushalt des Verteidigungsressorts 2019]. Warszawa 02/2019. Departament Budżetowy MON [Haushaltsabteilung des Ministeriums für Nationale Verteidigung]: Projekt budżetu resortu obrony narodowej na 2020 rok [Haushaltsentwurf für das Verteidigungsressort 2020]. Warszawa 02/2020. <https://www.gov.pl/web/obrona-narodowa/postawowe-informacje-o-budziecie> (abgerufen am 30.09.2020).

Grifik 7: Die Verteidigungsausgaben pro Kopf (2018, US-Dollar)



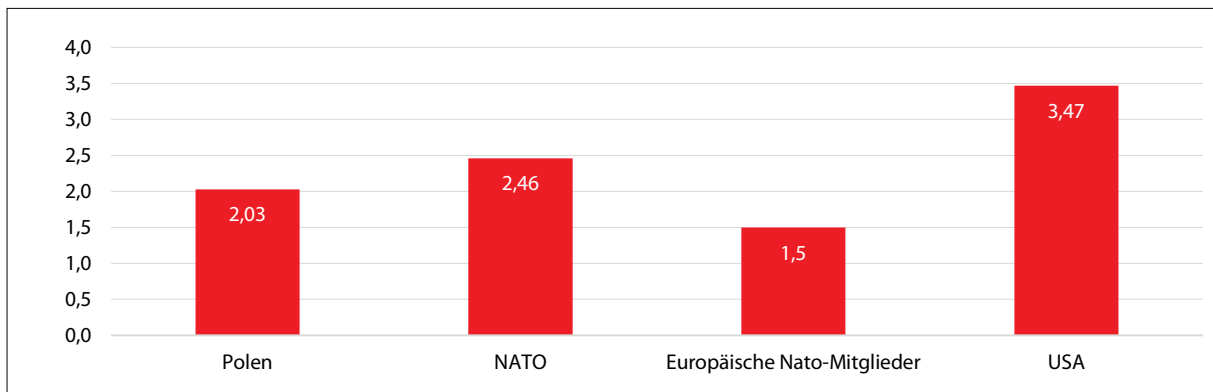
Quelle: Ministerstwo Obrony Narodowej [Verteidigungsministerium]: Podstawowe informacje o budżecie resortu obrony narodowej na 2019r. [Grundlegende Informationen über den Haushalt des Verteidigungsressorts 2019]. Warszawa 02/2019. <https://www.gov.pl/web/obrona-narodowa/postawowe-informacje-o-budziecie> (abgerufen am 30.09.2020).

Grafik 8: Die Verteidigungsausgaben pro Soldat (2018, US-Dollar)



Quelle: Ministerstwo Obrony Narodowej [Verteidigungsministerium]: Podstawowe informacje o budżecie resortu obrony narodowej na 2019r. [Grundlegende Informationen über den Haushalt des Verteidigungsressorts 2019]. Warszawa 02/2019. <https://www.gov.pl/web/obrona-narodowa/postawowe-informacje-o-budżecie> (abgerufen am 30.09.2020).

Grafik 9: Der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (2018)



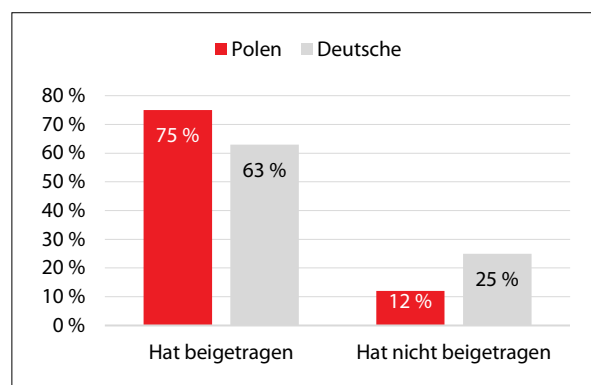
Quelle: Ministerstwo Obrony Narodowej [Verteidigungsministerium]: Podstawowe informacje o budżecie resortu obrony narodowej na 2019r. [Grundlegende Informationen über den Haushalt des Verteidigungsressorts 2019]. Warszawa 02/2019. <https://www.gov.pl/web/obrona-narodowa/postawowe-informacje-o-budżecie> (abgerufen am 30.09.2020).

UMFRAGE

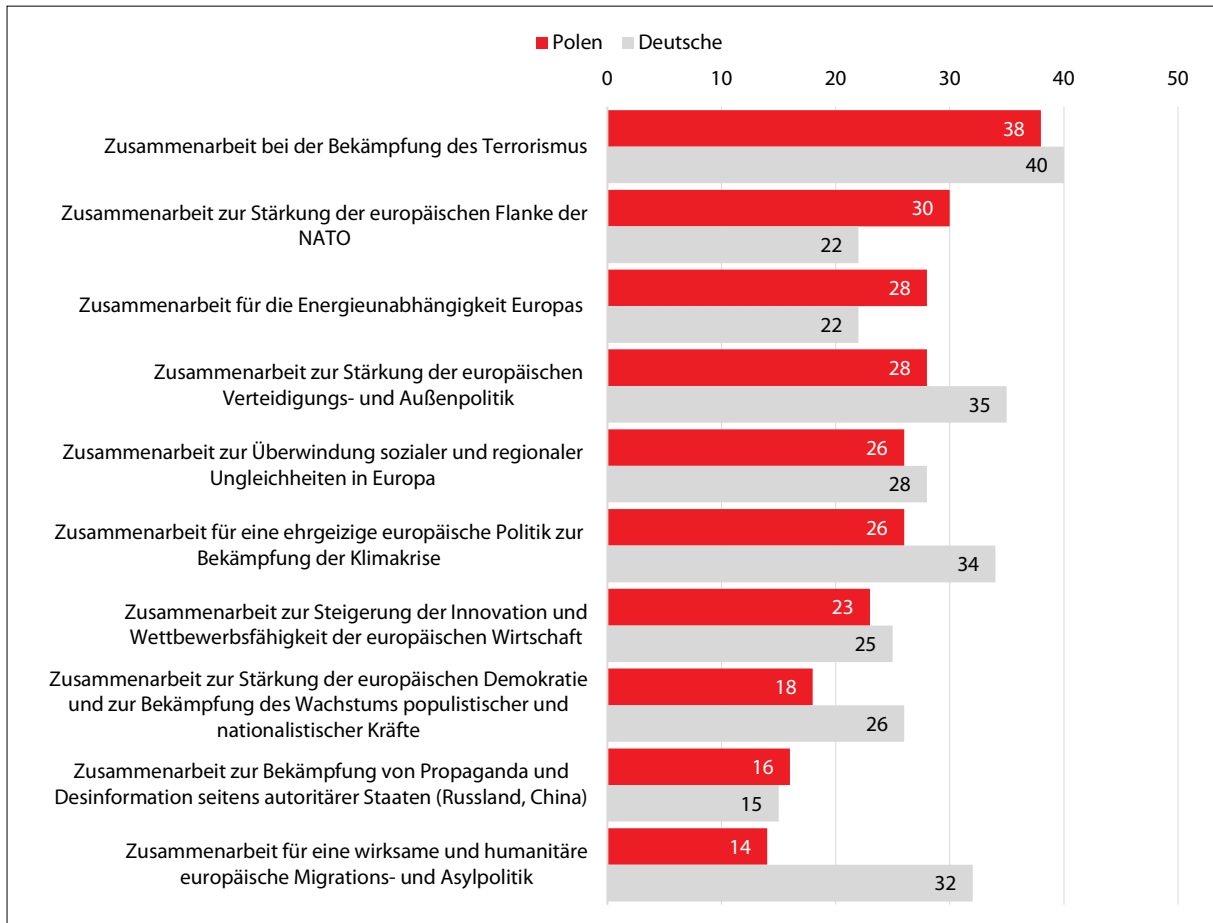
Umfragen zu Sicherheit und Zusammenarbeit

Grafik 1: Wahrnehmung des Beitritts Polens und anderer mittel- und osteuropäischer Länder zur NATO im Jahr 1999 als Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit in Europa. Antworten von Polen und Deutschen im Jahr 2019

Quelle: Łada, Agnieszka: *Gemeinsame Richtung – verschiedene Perspektiven. Deutsche und polnische Ansichten zu den gegenseitigen, europäischen und globalen Beziehungen. Deutsch-polnisches Barometer 2019*. Warschau: Institut für Öffentliche Angelegenheiten 2019. www.isp.org.pl

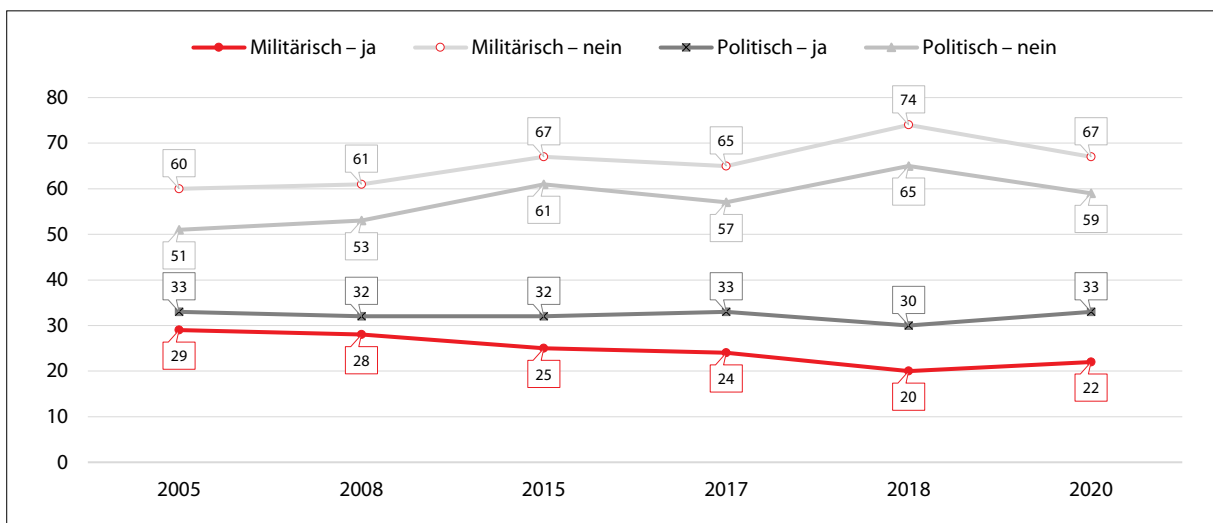


Grafik 2: In welchen – maximal drei – Bereichen sollten Polen und Deutsche eng zusammenarbeiten? Antworten der Polen und der Deutschen im Jahr 2020 (%)



Quelle: Kucharczyk, Jacek; Łada, Agnieszka: *Nachbarschaft mit Geschichte: Blicke über Grenzen. Deutsch-Polnisches Barometer 2020*. Warschau: Institut für Öffentliche Angelegenheiten 2020. www.isp.org.pl

Grafik 3: Könnte Deutschland eine Gefahr für Polen darstellen? Antworten der Polen in den Jahren 2005–2020 (%)

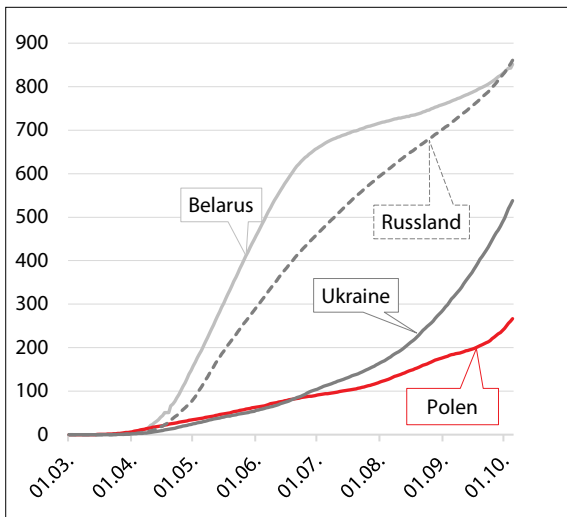


Quelle: Kucharczyk, Jacek; Łada, Agnieszka: *Nachbarschaft mit Geschichte: Blicke über Grenzen. Deutsch-Polnisches Barometer 2020*. Warschau: Institut für Öffentliche Angelegenheiten 2020. www.isp.org.pl

STATISTIK

Covid-19 in Polen

Grafik 1: Die Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 5. Oktober 2020, Johns-Hopkins-Universität)



Für die Zahlen vom 01.03.–14.09.2020 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255–261.

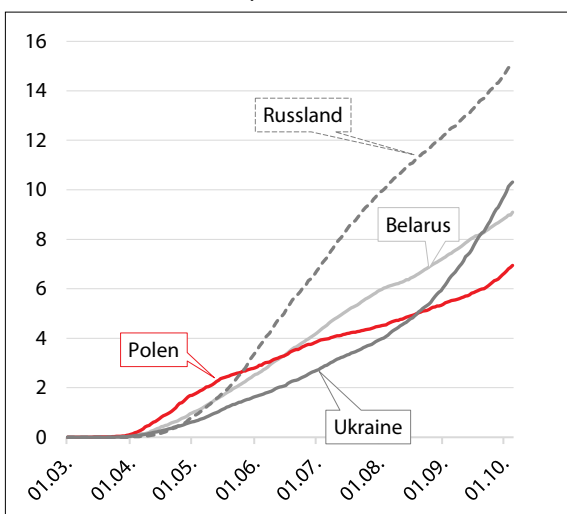
Auch wenn die Zahlen jeweils aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 05.10.2020. 20:23 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Tabelle 1: Die Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (15. September – 5. Oktober 2020, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
15.09.	74.552	75.134	1.069.873	163.678
16.09.	74.763	75.734	1.075.485	166.694
17.09.	74.987	76.571	1.081.152	170.373
18.09.	75.230	77.328	1.086.955	173.703
19.09.	75.461	78.330	1.092.915	177.048
20.09.	75.674	79.240	1.098.958	180.119
21.09.	75.898	79.988	1.105.048	182.900
22.09.	76.104	80.699	1.111.157	185.890
23.09.	76.357	81.673	1.117.487	189.488
24.09.	76.651	82.809	1.123.976	192.966
25.09.	76.957	84.396	1.131.088	196.631
26.09.	77.289	85.980	1.138.509	200.566
27.09.	77.609	87.330	1.146.273	203.799
28.09.	77.946	88.636	1.154.299	206.579
29.09.	78.260	89.962	1.162.428	210.309
30.09.	78.631	91.514	1.170.799	214.446
01.10.	79.019	93.481	1.179.634	218.625
02.10.	79.421	95.773	1.188.928	223.376
03.10.	79.852	98.140	1.198.663	228.161
04.10.	79.852	100.074	1.209.039	232.424
05.10.	80.696	102.080	1.219.796	236.329

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 5. Oktober 2020, Johns-Hopkins-Universität)



Für die Zahlen vom 01.03.–14.09.2020 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255–261.

Auch wenn die Zahlen jeweils aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 05.10.2020. 20:23 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (15. September – 5. Oktober 2020, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
15.09.	761	2.227	18.723	3.326
16.09.	767	2.237	18.853	3.404
17.09.	771	2.253	18.996	3.465
18.09.	773	2.270	19.128	3.535
19.09.	776	2.282	19.270	3.585
20.09.	780	2.293	19.349	3.626
21.09.	785	2.298	19.420	3.652
22.09.	791	2.316	19.575	3.716
23.09.	796	2.344	19.720	3.784
24.09.	802	2.369	19.867	3.838
25.09.	807	2.392	19.973	3.910
26.09.	813	2.424	20.140	3.988
27.09.	818	2.432	20.239	4.044
28.09.	822	2.447	20.299	4.082
29.09.	828	2.483	20.456	4.154
30.09.	833	2.513	20.630	4.221
01.10.	839	2.543	20.796	4.288
02.10.	844	2.570	20.981	4.357
03.10.	851	2.604	21.153	4.451
04.10.	851	2.630	21.260	4.495
05.10.	862	2.659	21.375	4.530

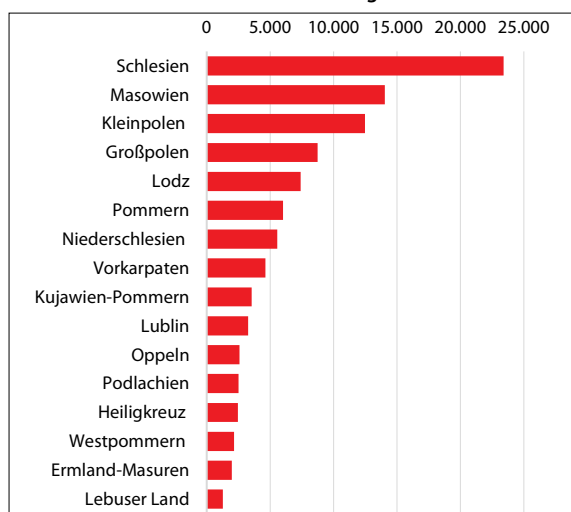
Grifik 3: Covid-19-Infektionsfälle nach Woiwodschaften (5. Oktober 2020, 10.30 Uhr)



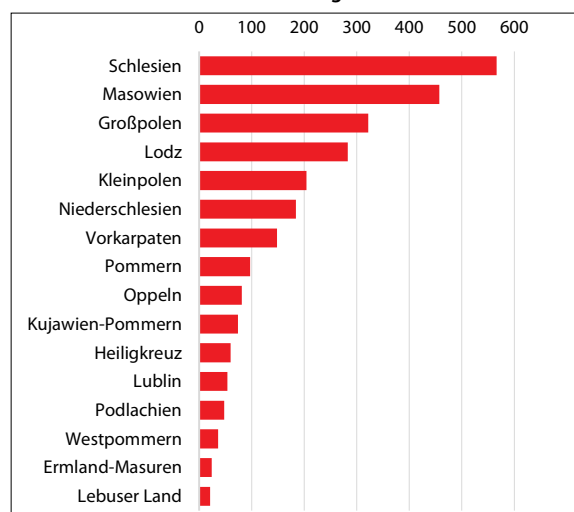
Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Ermland-Masuren (warmińsko-mazurskie)	1.990	24
Großpolen (wielkopolskie)	8.753	322
Heiligkreuz (świętokrzyskie)	2.469	60
Kleinpolen (małopolskie)	12.475	204
Kujawien-Pommern (kujawsko-pomorskie)	3.530	74
Lebuser Land (lubuskie)	1.278	21
Lodz (łódzkie)	7.413	283
Lublin (lubelskie)	3.273	54

Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Masowien (mazowieckie)	14.031	457
Niederschlesien (dolnośląskie)	5.572	184
Oppeln (opolskie)	2.583	81
Podlachien (podlaskie)	2.496	48
Pommern (pomorskie)	6.027	97
Schlesien (śląskie)	23.412	566
Vorkarpaten (podkarpackie)	4.634	148
Westpommern (zachodniopomorskie)	2.144	36

Infektionsfälle im Vergleich



Todesfälle im Vergleich



Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-dzisiaj-najnowsze-dane-wykresy-5-pazdziernika-2020-4344739> (abgerufen am 5.10.2020); Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Covid-19-Chronik, 15. September – 5. Oktober 2020

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
15.09.2020	75.134/2.227	
16.09.2020	75.734/2.237	Infolge der Ausgaben im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Corona-Epidemie beschließt die Regierung einen Entwurf für eine Haushaltsnovelle für das Jahr 2020. Die Einnahmen werden nun um 36,7 Mrd. Zloty niedriger kalkuliert als im Haushaltsgesetz 2020 und werden mit 398,7 Mrd. Zloty veranschlagt. Die Ausgaben werden mit 508 Mrd. Zloty angesetzt, das sind 72,7 Mrd. Zloty mehr als früher vorgesehen.
17.09.2020	76.571/2.253	
18.09.2020	77.328/2.270	Gesundheitsminister Adam Niedzielski sagt, er gehe davon aus, dass ein Impfstoff gegen Covid-19 im Frühjahr 2021 zur Verfügung stehen wird, der die Pandemie endgültig beenden wird. Alle EU-Mitgliedsländer würden gemeinsam die Entwicklung eines Impfstoffes finanzieren. Zurzeit würden sich sieben bis acht Firmen damit befassen und eine befinde sich bereits in der dritten von vier klinischen Testphasen.
19.09.2020	78.330/2.282	
20.09.2020	79.240/2.293	
21.09.2020	79.988/2.298	
22.09.2020	80.699/2.316	Präsident Andrzej Duda unterzeichnet eine Gesetzesnovelle über den sogenannten zweiten Antikrisenschild für die Tourismusbranche. Er umfasst einen Rückzahlungsfonds, der Touristen das Geld für abgesagte Reisen erstattet. Außerdem soll ein Hilfsfonds gegründet werden, der Reisebüros künftig in Fällen wie beispielsweise einer Pandemie versichert. Außerdem gelten ein Kurzarbeitergeld und die Befreiung von Sozialabgaben für Fahrer von Reisebussen, Betreibern von Hotelanlagen, Tourismusagenten sowie für Kulturschaffende für die Monate Juli bis September.
23.09.2020	81.673/2.344	In Rom wird in Anwesenheit von Präsident Andrzej Duda eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem polnischen Nationalen Institut für Öffentliche Gesundheit – Staatliche Hygieneanstalt (Narodowy Instytut Zdrowia Publicznego – Państwowy Zakład Higieny) und dem italienischen Lazzaro Spallanzani-Institut für Infektionskrankheiten (INMI) unterzeichnet. Duda sagt, nur mit Hilfe von Zusammenarbeit könne Europa autark werden, mit dem Ziel, dass Mittel zur Bekämpfung von Pandemien nicht mehr außerhalb Europas erworben werden müssen. Auf diese Weise könne die Qualität der Lieferungen und der Produkte garantiert werden.
24.09.2020	82.809/2.369	
25.09.2020	84.396/2.392	Senatsmarschall Tomasz Grodzki ruft Präsident Andrzej Duda auf, angesichts der steigenden Corona-Infektionszahlen den Rat für Nationale Sicherheit (Rada Bezpieczeństwa Narodowego – RBN) einzuberufen. Es sei keine Verlangsamung der Infektionswelle zu beobachten und die Maßnahmen der Regierung für den Umgang mit der Epidemie im Herbst zeigen keine Wirkung. Grodzki kritisiert, dass sich die Regierung anstatt mit der Bekämpfung der Epidemie mit Personalangelegenheiten befasse.
26.09.2020	85.980/2.424	Gesundheitsminister Adam Niedzielski warnt vor einem falschen Konto beim Nachrichtendienst »Twitter«, das unter seinem Namen Falschnachrichten zum Thema Covid-19 verbreitet.
27.09.2020	87.330/2.432	
28.09.2020	88.636/2.447	Der Pressesprecher des Gesundheitsministeriums, Wojciech Andrusiewicz, teilt mit, dass aktuell 2.300 der 6.300 Krankenhausbetten, die für Covid-19-Patienten vorgehalten werden, belegt sowie 130 von 800 Beatmungsgeräten in Gebrauch sind.
28.09.2020		Nach neuesten Angaben des Ministeriums für nationale Bildung arbeiten infolge der Corona-Epidemie zurzeit 288 Bildungseinrichtungen sowohl in Form von Präsenzveranstaltungen als auch Fernunterricht und 96 ausschließlich im Fernunterricht. Die übrigen 48.100 Einrichtungen arbeiten in Form von Präsenzunterricht.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
29.09.2020	89.962/2.483	Gesundheitsminister Adam Niedzielski kündigt neue Verschärfungen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Epidemie an, die ab dem 15. Oktober gelten sollen. In den sogenannten roten Zonen dürfen gastronomische Lokale nur noch bis 22 Uhr öffnen, und auch auf die »gelben Zonen« wird die Pflicht ausgeweitet, eine Mund-Nase-Bedeckung im öffentlichen Raum zu tragen. In den »roten Zonen« bleibt die Begrenzung der Personenanzahl für Familienfeiern bei 50 bestehen; in den »gelben Zonen« wird sie von 100 auf 75 gesenkt, und im Allgemeinen gilt die Beschränkung von 100 Personen. Zu »gelben Zonen« werden die Kreise erklärt, in denen sechs bis zwölf Infektionen pro 10.000 Einwohner innerhalb von 14 Tagen festgestellt werden. »Rote Zonen« werden bei einem stärkeren Infektionsgeschehen ausgewiesen.
29.09.2020		Der Parteivorsitzende der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), Władysław Kosiniak-Kamysz, fordert von Gesundheitsminister Adam Niedzielski, angesichts der aktuell deutlich steigenden Corona-Infektionsfälle einen Fahrplan für die kommenden Wochen vorzustellen, wenn Covid-19 und Grippeinfektionen zusammen auftreten. Er kritisiert, dass die Schulen nicht ausreichend auf das neu begonnene Schuljahr vorbereitet und einige bereits geschlossen worden seien. Statt sich mit sich selbst und Personalentscheidungen zu beschäftigen, müsse die Regierung ihrer Verantwortung gerecht werden.
30.09.2020	91.514/2.513	Ab dem heutigen Tag bis zum 13. Oktober gilt ein Landeverbot für Flugzeuge aus Ländern, in denen die Corona-Infektionen in den letzten 14 Tagen 90 Personen pro 100.000 Personen überschritten haben. Aktuell umfasst die Liste ca. 30 Staaten, darunter die USA. Ausgenommen sind die Mitgliedsländer der Europäischen Union, des Schengenraumes und der Europäischen Wirtschaftszone. Flugzeuge aus der Ukraine dürfen in Polen landen, für die Passagiere gilt aber eine Quarantänefrist.
01.10.2020	93.481/2.543	Aufgrund der Corona-Epidemie beginnt das neue akademische Jahr an vielen Hochschulen mit einem Angebot aus Präsenzveranstaltungen und Fernunterricht. Die Entscheidung darüber obliegt der jeweiligen Hochschule. Da sich die Abiturprüfungen Epidemie bedingt verschoben haben, läuft an manchen Hochschulen noch die Bewerbungsphase für die Studienanfänger.
01.10.2020		Der stellvertretende Gesundheitsminister Waldemar Kraska mahnt in einem Radiointerview die Einhaltung der Abstandsregeln und Maskenpflicht in Geschäften zur Eindämmung des Corona-Virus an und kündigt mehr Kontrollen und Strafen an.
02.10.2020	95.773/2.570	
03.10.2020	98.140/2.604	Der Sprecher des Gesundheitsministeriums, Wojciech Andrusiewicz, warnt, dass der aktuell hohe Anstieg der Corona-Infektionszahlen auch in den nächsten Tagen und Wochen andauern kann. Zurzeit gebe es keine begrenzten »Corona-Hotspots«, sondern das Infektionsgeschehen verteile sich in die Breite. Die Einführung weiterer Restriktionen schließe er nicht aus; außerdem werde zusammen mit der Polizei über die Umsetzung der Vorschriften gesprochen werden.
04.10.2020	100.074/2.630	
05.10.2020	100.080/2.659	Waldemar Kraska, stellvertretender Gesundheitsminister, sagt in einem Radiointerview, dass sich die Corona-Infektionswelle im Herbst deutlich von der ersten Welle im Frühjahr unterscheidet. Die aktuellen Maßnahmen würden daher angepasst und mehr Betten für Covid-19-Patienten sowie mehr Plätze für Intensivpflege eingerichtet. Er teilt mit, dass sich Gesundheitsminister Adam Niedzielski am selben Tag mit dem Chef der Polizei treffen werde, um über die Umsetzung der verpflichtenden Maßnahmen wie das Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung als Schutz vor Ansteckungen zu beraten. Kraska spricht sich für Strafen bei Nichteinhaltung aus.

*Zahlen der Johns Hopkins Universität, 05.10.2020, 20:23 Uhr

15. September – 5. Oktober 2020

15.09.2020	Präsident Andrzej Duda akkreditiert Arndt Freytag von Loringhoven als neuen Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Polen. Die Amtszeit seines Vorgängers, Rolf Nickel, endete bereits im Juni. Die deutsche Seite hatte sich befremdet gezeigt, dass sich die Akkreditierung so ungewöhnlich lang hinzog.
16.09.2020	Präsident Andrzej Duda unterzeichnet einen Beschluss, dass Polen ein Militärkontingent im Umfang von bis zu 80 Soldaten und Militärangestellten im Rahmen einer Nato-Mission in der Türkei einsetzt. Diese besteht seit 2015. Polen reagiere damit auf den Appell der Türkei an die Nato-Partner aufgrund der sich verschlechternden Sicherheitslage an der türkisch-syrischen Grenze, sagt der Chef des Büros für Nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego – BBN), Paweł Soloch. Es handelt sich um den ersten Einsatz der polnischen Streitkräfte in der Türkei.
17.09.2020	Das Europäische Parlament verabschiedet eine Resolution (513 Ja-Stimmen, 148 Nein-Stimmen, 33 Enthaltungen), in der es sich besorgt über die Lage der Rechtsstaatlichkeit, über Gesetzgebungsprozesse und Änderungen im Wahlrecht und die Verwirklichung demokratischer Grundrechte in Polen äußert. Die polnische Regierung habe vergessen, dass Demokratie nicht die Herrschaft der Mehrheit, sondern die Akzeptanz der EU-Gesetzgebung, des Pluralismus, das Recht auf Widerspruch und der Schutz der Minderheiten bedeutet, heißt es in der Resolution.
17.09.2020	Medienberichten zufolge bestätigt Präsident Andrzej Duda, dass seine Tochter Kinga (24) seine Beraterin in gesellschaftlichen Fragen ist. Diese Tätigkeit sei unentgeltlich, so Duda.
18.09.2020	In der Nacht vom 17. auf den 18. September verabschiedet der Sejm mit 356 Ja-Stimmen, 75 Nein-Stimmen und 18 Enthaltungen ein Gesetz zum Tierschutz. Es umfasst u. a. ein Verbot der Aufzucht von Tieren zur Pelzherstellung. Die Gesetzesinitiative »Fünf für die Tiere« haben Jarosław Kaczyński, Parteichef von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), und der Vorsitzende der PiS-Jugendorganisation, Michał Moskal, in der vergangenen Woche vorgestellt. Trotz Fraktionsdisziplin stimmen Abgeordnete der PiS gegen das Gesetz, darunter auch Landwirtschaftsminister Krzysztof Ardanowski. Der Koalitionspartner Solidarisches Polen (Solidarna Polska) stimmt einstimmig gegen das Gesetz, die Abgeordneten von Porozumienie (Verständigung) enthalten sich, zwei stimmen dagegen und nur Entwicklungsministerin Jadwiga Emilewicz (Verständigung) stimmt für das Gesetz.
18.09.2020	Der Vorsitzende des Exekutivkomitees von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Krzysztof Sobolewski, teilt mit, dass auf Veranlassung von PiS-Parteichef Jarosław Kaczyński die Mitgliedsrechte von 15 PiS-Mitgliedern aufgehoben werden. Dies betrifft auch Landwirtschaftsminister Krzysztof Ardanowski. Der Grund ist, dass sie trotz Fraktionszwangs gegen das Tierschutzgesetz gestimmt haben, das in der Nacht verabschiedet wurde. In Aussicht steht außerdem, dass ihnen die Funktionen und Positionen im Sejm und in den Parteistrukturen auf Kreisebene entzogen werden.
18.09.2020	In einem Interview für »Polsat News« sagt Regierungssprecher Piotr Müller, aufgrund des Abstimmungsverhaltens der Koalitionspartner Porozumienie (Verständigung) und Solidarisches Polen (Solidarna Polska) bei der Verabschiedung des Tierschutzgesetzes in der Nacht müsse die Möglichkeit eine Minderheitsregierung oder von Neuwahlen in Erwägung gezogen werden. Bei der Abstimmung stimmten die Abgeordneten der Koalitionspartner gegen das Gesetz oder enthielten sich; eine Ausnahme war Entwicklungsministerin Jadwiga Emilewicz, die das Gesetz unterstützte.
21.09.2020	In den Bergwerken Ruda (Ruda/Ruda Śląska) und Wujek (Kattowitz/Katowice) werden die Streiks der Bergleute, die vor einer Woche begonnen haben, unter Tage verlegt und weiten sich auf die Belegschaften weiterer Zechen der Polnischen Kohlegesellschaft (Polska Grupa Górnicza – PGG) aus. Die Streikenden verlangen Gespräche über die Transformation des Bergbaus und der Region im Rahmen der Energiewende Polens bis zum Jahr 2040. Diese hätte die Zechenschließung bis 2036/37 zur Folge, was katastrophale gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen hätte. Stattdessen sollte die Transformation der Region auf 40 Jahre gestreckt werden, so die Forderungen. Regierungssprecher Piotr Müller kündigt Gespräche von Regierungsvertretern mit den Streikenden an.

21.09.2020	In einer gemeinsamen Stellungnahme zur Situation in Belarus stellen die Präsidenten Polens, Litauens und Rumäniens, Andrzej Duda, Gitanas Nausėda und Klaus Johannis, fest, dass eine gute wirtschaftliche Entwicklung und wachsender Wohlstand, gestützt auf das Vertrauen der belarussischen Gesellschaft, eine Bedingung für eine stabileres und sichereres Europa sei. Sie fordern die Europäische Union auf, Hilfe für die demokratische Transformation der belarussischen Wirtschaft zu leisten. Ein EU-Hilfspaket soll Erleichterungen beim Handel mit der EU, Hilfe bei Beitrittsverhandlungen mit der Welthandelsorganisation, die Einführung des visafreien Verkehrs, Hilfe bei der Diversifizierung des belarussischen Energiesektors und Zugang zu finanziellen Mitteln zur Umstrukturierung und Belegung einer liberalen belarussischen Wirtschaft umfassen.
22.09.2020	Die LGBT-Organisationen »Kampagne gegen Homophobie« (Kampania Przeciw Homofobii – KPH) und »All Out« überreichen in Brüssel der EU-Kommissarin für Gleichheitspolitik, Helena Dalli, eine Petition mit 300.000 Unterschriften, in der die EU-Institutionen aufgefordert werden, konkret gegen die mancherorts ausgerufenen »LGBT-freien Zonen« sowie gegen Homophobie in Polen vorzugehen. Abends werden an der Gebäudefassade des Sitzes der Europäischen Kommission Slogans auf Polnisch und Englisch projiziert, u. a. »Wir sind keine Ideologie, wir sind Bürger/innen Polens.«
23.09.2020	In Kattowitz (Katowice) finden Gespräche zwischen Gewerkschaftsvertretern der unter Tage protestierenden Bergleute und einer Regierungsdelegation unter der Leitung von Adam Soboń, Vizeminister für Staatliche Aktiva, über die Transformation des Bergbaus und der Region im Rahmen der Energiewende in Polen statt. Den Streiks haben sich mehr als 400 Bergleute in sieben Zechen angeschlossen.
23.09.2020	Das Außenministerium teilt mit, dass Polen die Vereidigung von Alexander Lukaschenko zum Präsidenten der Republik Belarus am selben Tag nicht anerkennt, da die Präsidentenwahl im August nicht demokratisch verlief und ebenfalls nicht anerkannt würden.
24.09.2020	In seiner Rede während der 75. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York ruft Präsident Andrzej Duda zu weltweiter Solidarität angesichts der drei großen Krisen, die aktuell bestünden, auf. Dies sei erstens eine soziale-gesundheitliche Krise infolge der Corona-Pandemie, zweitens sei die Qualität der zwischenstaatlichen Beziehungen von einer Krise betroffen und tendiere zu Konfrontation, Rivalität bis hin zu imperialer Dominanz und drittens würden Instrumente fehlen, die eine wirtschaftliche Transformation unter Berücksichtigung der Schonung der Umwelt ermöglichen. Die Generalversammlung wurde aufgrund der Corona-Pandemie im online-Format abgehalten.
25.09.2020	Die Fraktion der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) im Sejm wählt Cezary Tomczyk mit 115 Stimmen zu ihrem neuen Vorsitzenden. Die Kandidatin Urszula Augustyn erhielt 56 Stimmen. Bisher hatte Borys Budka das Amt inne.
26.09.2020	Jadwiga Emilewicz, Ministerin für Entwicklung und stellvertretende Ministerpräsidentin, gibt bekannt, dass sie aus der Partei Porozumienie (Verständigung) austreten und im Rahmen der Fraktion von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) die Regierungskoalition weiter unterstützen wird. Emilewicz weist auf grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten mit Parteichef Jarosław Gowin über politische Ziele und Methoden hin, die von Gowins Seite die Stabilität und das Bestehen der Regierungskoalition gefährdet hätten. Unabhängig von ihrem Parteiaustritt gehe sie davon aus, dass Gowin infolge der bevorstehenden Regierungsumbildung das Ministerium für Entwicklung überantwortet bekommen wird.
26.09.2020	Die Parteivorsitzenden der Vereinigten Rechten (Zjednoczona Prawica), Jarosław Kaczyński (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Gowin (Porozumienie/Verständigung) und Zbigniew Ziobro (Solidarisches Polen/Solidarna Polska), unterzeichnen einen neuen Koalitionsvertrag. Darin werde der Wille zur weiteren Zusammenarbeit und zu gemeinsamen Wahllisten bei zukünftigen Wahlen bekannt und die Fortsetzung des Reformprogramms der Koalition, insbesondere des Justizwesens und der Medien, bekräftigt. Außerdem sei der bevorstehenden Regierungsumbildung zugestimmt und vereinbart worden, die Anzahl der Ministerien zu reduzieren, teilt die Pressesprecherin der PiS, Anita Czerwińska, mit.
27.09.2020	In einem offenen Brief von in Warschau ansässigen Botschaftern sowie Vertretern der Europäischen Kommission, der UN und der OSZE (insgesamt 50 Unterzeichner) wird Polen aufgefordert, die Rechte sexueller Minderheiten zu respektieren und sie vor verbaler und physischer Gewalt zu schützen. Die Koordination des Briefes hatte die Botschaft des Königreiches Belgien inne. Die Botschafterin der USA und Mitunterzeichnerin, Georgette Mosbacher, veröffentlicht den Brief und ergänzt im Nachrichtendienst Twitter, dass Menschenrechte keine Ideologie seien. Damit bezieht sie sich auf eine im rechten politischen Lager in Polen verbreitete Einstellung, dass LGBT als Ideologie aufzufassen sei. Offene Briefe in dieser Intention werden laut Medienangaben seit sieben Jahren parallel zu den in Polen stattfindenden »Paraden der Gleichheit« publik gemacht.

28.09.2020	In Budapest bekräftigen die Außenminister Ungarns und Polens, Péter Szijjártó und Zbigniew Rau, die Gründung eines ungarisch-polnischen Instituts für Vergleichende Rechtswissenschaft. Dies solle zur Rechtssicherheit beitragen und eine Wissensbasis angesichts des ideologischen Drucks vonseiten der liberalen Meinung bereitstellen. Das Institut soll die Anwendung der Rechtsstaatlichkeitsprinzipien in der EU untersuchen, um zu verhindern, dass für Polen und Ungarn spezifische Standards angelegt würden, so Szijjártó. Rau unterstreicht, dass die Bürger und die juristischen Institutionen über die Ordnung des betreffenden Staates entscheiden. Der Besuch in Budapest ist die erste Reise in seiner Funktion als polnischer Außenminister.
28.09.2020	Beim Besuch seines ungarischen Amtskollegen, Péter Szijjártó, kritisiert Außenminister Zbigniew Rau in Budapest die neuen Vorschläge der Europäischen Kommission zur EU-Migrationspolitik. Es bedürfe einer gründlichen Diskussion, dass das aufnehmende Land keine Wahl habe zu bestimmen, wen es aufnehme, und die Migranten keinen Einfluss darauf hätten, wohin sie kämen.
28.09.2020	Die Fraktion der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) im Senat bestimmt Marcin Bosacki mit 25 Stimmen als KO-Vorsitzenden im Senat. Sein Mitbewerber Bogdan Zdrojewski erhielt 16 Stimmen.
29.09.2020	Szymon Hołownia, Begründer des Verbands »Polen 2050« (Polska 2050) und ehemaliger Kandidat für die Präsidentschaftswahlen im Juni, kündigt die Registrierung des Verbands als Partei an. Vorsitzender der Partei soll sein enger Mitarbeiter Michał Kobosko werden. Kobosko begründet den formalen Schritt mit der politisch instabilen Lage in Polen.
30.09.2020	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki gibt eine Umbildung der Regierung aus Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Porozumienie (Verständigung) und Solidarisches Polen (Solidarna Polska) bekannt. PiS-Parteichef Jarosław Kaczyński soll im Rang des stellvertretenden Ministerpräsidenten einem neu einzurichtenden Gremium im Ministerrat vorstehen. Jarosław Gowin, Parteichef von Verständigung, kehrt als neuer Minister für Entwicklung, Arbeit und Technologien und Vize-Ministerpräsident in die Regierung zurück. Der Abgeordnete Przemysław Czarnek (PiS) wird Minister des nun verbundenen Bildungs- und Wissenschaftsressorts und der bisherige Staatssekretär im Ministerium für Fonds und Regionalpolitik, Grzegorz Puda, wird Landwirtschaftsminister. Durch eine Umverteilung der Ressorts werden die Ministerien von 20 auf 14 reduziert.
01.10.2020	Auf einer Pressekonferenz in Płock (Płock) kritisiert der Vorsitzende der Gewerkschaft Solidarność, Piotr Duda, die Nominierung von Jarosław Gowin (Porozumienie/Verständigung) zum Minister für Entwicklung, Arbeit und Technologien. Gowin sei ein extremer Liberaler, dem es vor allem um Flexibilität am Arbeitsmarkt gehe. Konflikte mit der Gewerkschaft seien daher absehbar.
02.10.2020	Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, teilt in einer gemeinsamen Erklärung mit den Staats- bzw. Regierungschefs der baltischen Staaten und Polen mit, dass 720 Mio. Euro bereitgestellt werden, um die Stromnetze der baltischen Staaten mit Polen zu verbinden. Damit soll die Abhängigkeit der baltischen Staaten von der Stromversorgung durch Russland vermindert werden. Mateusz Morawiecki, der Ministerpräsident Polens, betont, die Sicherheit der Energieversorgung sei eine Bedingung für die Sicherheit der Region.
05.10.2020	Der Parlamentarische Ausschuss für Gerechtigkeit und Menschenrechte stimmt mit 14 Stimmen bei zwölf Ja-Stimmen und einer Enthaltung gegen die Kandidatur der Juristin Zuzanna Rudzińska-Bluszcz für das Amt der Bürgerrechtsbeauftragten der Regierung. Dies ist das zweite Mal, dass die Kommission Rudzińska-Bluszcz mit der Mehrheit der Stimmen der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) ablehnt. Rudzińska-Bluszcz, die die einzige Kandidatin ist und von mehr als 870 gesellschaftlichen Organisationen unterstützt wird, fordert PiS-Parteichef Jarosław Kaczyński zu einem Treffen auf. Kein Kommissionsmitglied der PiS habe ihr bei der Diskussion vor der ersten Abstimmung Fragen gestellt. Das Votum der Kommission ist für die Entscheidung des Sejm über die Besetzung der Stelle des Bürgerrechtsbeauftragten nicht bindend.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

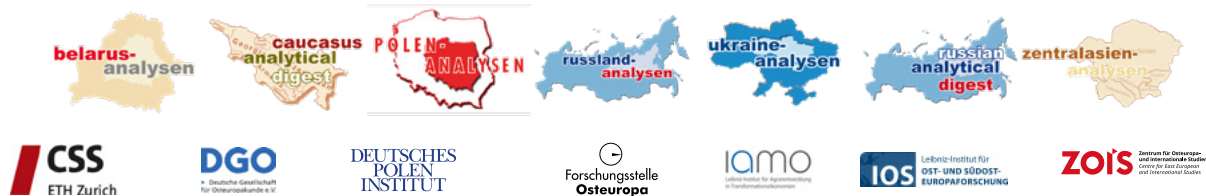
Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2020 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.